

Lehrer in Berlin vereinbart hat. Die Regierung denkt durchaus nicht daran, mit den österreichischen Deutschen Schacher zu treiben.

Eine hochstehende englische Persönlichkeit erklärte der Wiener Regierung, daß ein direktes Verbot des Anschlusses nicht erfolge, daß der Verband nur gewisse Konsequenzen aus dem Anschluß ziehen würde.

#### Der unverhüllte Kolonialraub.

Dem „Temps“ zufolge ist man übereingekommen das künftige Schicksal Kameruns und Togos von England und Frankreich allein bestimmen zu lassen und zwar außerhalb des Mandatensystems. Frankreich bekommt von Kamerun fünf Sechstel, die mit seiner Nachbarcolonie vereinigt werden sollen. Damit wird in letzter Stunde der dünne Schleier, der über eine Annexion der Schutzgebiete durch Völkerbundvertrag, in Gestalt der mit gewissen Bedingungen verknüpften Mandate, geworfen wurde, für einen erheblichen Teil des geraubten Besitzes fallen gelassen. Da schon nach dem Völkerbundvertrag Südwestafrika und die Südfestcolonien als integrierende Bestandteile den benachbarten englischen oder japanischen Gebieten angegliedert werden sollen, bleibt für das reine Mandatensystem nur noch Ostafrika übrig, und es ist zu erwarten, ob es auch hier überhaupt verwirklicht wird. Einstweilen hat sich England diese große Kolonie allein gesichert.

#### Die Haltung der Parteien.

Die Fraktionen der deutschen Nationalversammlung treten mit Aufrufen an die Öffentlichkeit. Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei erklärt: „In dieser schwersten Stunde deutscher Geschichte darf nur eine Stimme zu hören sein: das „Nein“, mit dem das deutsche Volk in gerechter Empörung diesen Gewaltfrieden ablehnt.“

Die christliche Volkspartei tritt kräftig für einen Frieden der Versöhnung und der Gerechtigkeit auf. Nachdrücklich geführte Verhandlungen müssen streben, dies Ziel zu erreichen.“

Der Aufruf der deutschnationalen Volkspartei schließt: „Für uns ist dieses Friedensangebot unannehmbar.“ — Auch die Deutsche Volkspartei erklärt den Friedensvorschlag für „glatz unannehmbar.“

Im „Vorwärts“ spricht sich Stamper für die Nichtunterzeichnung des Friedens aus. Die „Sozialistische Korrespondenz“ sagt: „Die unabhängige Presse propagiert in seinen Leitern: Wir müssen zeichnen. Wenn es den deutschen Unterhändlern nicht gelingt, mildere Bedingungen zu erreichen, dann mögen nur die unabhängigen es unternehmen, den Frieden abzuschließen. Aber sie allein, ohne uns.“

Ein sozialdemokratischer Parteitag ist zum 10. Juni nach Weimar einberufen.

### Die feindliche Presse.

#### Das Triumphgeschrei der französischen Presse.

Die französische nationale Presse ist mit dem maßlosen Bedingungen des Friedensvertrages noch immer nicht zufrieden gestellt. So fordert das „Echo de Paris“, daß das Saargebiet für immer und bedingungslos Frankreich einverleibt werde. Ferner bemängelt das Blatt die zu kurze Dauer der militärischen Besetzung des linken Rheinufers. Nur eine längere Besetzung könne die vollständige Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands garantieren. Das Leitblatt der nationalistischen Royalisten „Action française“ schreibt: Der Friede sei hinsichtlich der politischen Ausführungsmittel ungenügend und deshalb gefährlich. Dem deutschen Volke dürfe kein Hoffnungsschimmer gelassen werden. Das Pariser Heyblatt, der „Matin“, vergleicht unsere Delegationen und ihre äußere Erscheinung mit der Pariser Wachen-Bande Bonnot-Garnier, die 1913 geköpft wurden. Aus dem lauten Konzert der Pariser Pressestimmen tönt unverhüllte Bosheit und billiger Spott heraus über den Eindruck, den die Veröffentlichung der Bedingungen in Deutschland gemacht hat. Die sozialistischen Blätter protestieren heftig gegen die Friedensbedingungen, die die „Humanität“ einen „Frieden der Gewalt, des gefräßigen Imperialismus und der Ungerechtigkeit“ nennt. Die Klausel über das Saargebiet sei die schlimmste Gewalttat des Vertrages. Ebenso schlimm sei die Wegnahme der deutschen Kolonien. Der „Populaire“, das Organ der Minderheit der sozialdemokratischen Partei, weist darauf hin, daß den Deutschen eine vierzehntägige Frist zugestanden wird, um den Friedensvertrag zu lesen und zu studieren und darüber zu beraten. Er meint, Frist und Studium seien durchaus unnötig. Sie bedeuteten lediglich eine neue Dechelei der französischen Imperialisten, da Deutschland sich wohl oder übel beugen müßte, Bedingungen zu unterschreiben, zu deren Achtung es sich unmöglich würde entschließen können.

Die amerikanische Presse erklärt einstimmig, daß der Friedensvertrag Deutschland absolut machtlos gemacht und ihm den verdienten Lohn gegeben habe. Obwohl die Bedingungen als sehr streng angesehen werden, habe in Washington Regierungskreisen nie die Absicht bestanden, sie zu mildern, da sie nicht über die gezehrende Strafe hinausgehen. Außerdem sei man der Ansicht, daß die Deutschen trotz alledem



Die verlangte Neugestaltung Westpreussens

## AMBI in Dresden

Auf der Ausstellung für Wohnungsbau in Dresden wird die **AMBI-Dachziegel-Maschine** im Hand-Betrieb vorgeführt.

unterschreiben werden. „New York World“ schreibt: Dies ist der drastischste und strengste Friede, der je einem Staat auferlegt wurde. Im Zusammenhang mit dem Völkerbund macht das Abkommen dem Imperialismus, der der Welt soviel Blut und Geld gekostet hat, auf immer ein Ende.

Das in Bromberg erscheinende polnische Blatt „Dziennik Bydgoski“ bespricht die Friedensbedingungen in einem „Auf die Knie“ überschriebenen Artikel, in dem es u. a. heißt: Vielleicht sind nicht alle unsere Hoffnungen und Träume erfüllt worden, aber das, was uns die Entente gibt, ist doch gewaltig, so daß wir der göttlichen Vorsehung als der Dankerin unserer Geschicke nur danken können.

**Scharfe Kritik der englischen Liberalen.** „Daily News“ geben einige Stimmen führenden Männer über den Friedensvertrag wieder. Professor Gilbert Murray sagt: Der Vertrag enthält einen Stachel gegen den Frieden und ist eine Herausforderung zu einem Krieg. Bernhard Shaw sagt ironisch: Die Friedensbedingungen machen die Welt sicher für die Demokratie in Deutschland und schrecklich unsicher für sie überall sonst. Wir haben Deutschland seiner ganzen imperialistischen Würde enthoben und sie auf die eigenen Schultern genommen. Der Arbeiterführer Clynes sagt: Die Verfestigung deutschen Gebietes mit Ausnahme Elsaß-Lothringens wird für unsere Zukunft eine Gefahr bleiben, es sei denn, daß mittels des Völkerbundes eine neue Regelung getroffen wird. Der Arbeiterführer Snowden erklärte: Der Vertrag muß Räuber, Imperialisten und Militaristen befriedigen.

### Räumung Lettlands.

#### Rückzug der deutschen Streitkräfte aus Estland und Lettland.

Im Auftrage der britischen Regierung hatte der englische Vertreter in Spaa am 22. April die deutsche Regierung um die sofortige Wiederherstellung der Lage in Libau ersucht, wie sie vor dem Staatsstreich gegen die lettische Regierung bestanden habe. Dieser Staatsstreich sei von den Deutschen ausgeführt worden. Deutscherseits war auf diese durch nichts begründete Anschuldigung erwidert worden, die deutsche Regierung mische sich in die innerpolitischen Verhältnisse von Lettland nicht ein, könne aber auch ein Recht einer anderen Regierung auf eine solche Einmischung nicht anerkennen. Gegenüber den Behauptungen der englischen Note stellt sie fest, daß deutsche Truppen und Behörden keinen Staatsstreich gegen die lettische Regierung ausgeführt haben und an einem solchen sich auch nicht beteiligten.

In einer weiteren Note verlangte der englische Minister Balfour im Auftrage der Entente u. a. die unmittelbare Zurückberufung des Generals von der Goltz und die Bezeichnung „Deutsche Hilfskräfte“ für die deutschen Streitkräfte von Latvia statt „Besatzungsarmee“. Vor Erfüllung dieser Bedingung sollten keine Lebensmittel irgendwelcher Art für die deutschen Streitkräfte in Libau ausgeschifft werden.

Die Reichsregierung ließ am 8. Mai durch Reichsminister Erzberger in Spaa eine Note überreichen, in der sie nochmals die Anschuldigungen, die deutsche Regierung habe den Sturz der lettischen Regierung begünstigt, aufs schärfste zurückwies und die Erfüllung der übrigen Forderungen verweigerte. Sie wird vielmehr die gesamten Streitkräfte aus Lettland und Estland in kürzester Zeit zurückziehen. Die vorbereitenden Schritte zur Herbeiführung einer Waffenruhe und eines sich daran anschließenden Waffenstillstandes mit den gegenüberliegenden Truppen sind bereits eingeleitet. Die Zurückziehung wird in einem Zeitraum erfolgen, durch welches das dem Deutschen Reich gehörige Eigentum in Lettland und Livland gesichert wird. Die Verantwortung für die aus der Räumung von Lettland und Estland entstehenden Folgen tragen die alliierten und assoziierten Mächte. Eine Unterstellung von deutschen Truppen unter



Die geplante Neugestaltung Ostpreussens

den Oberbefehl der Entente ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die freigeordneten Truppen können viel besser verwendet werden in den deutschen Ostprovinzen, wo vielleicht manches anders gekommen wäre, wenn die jetzt zurückkehrenden Truppen schon früher der Heimat zur Verfügung gestanden hätten.

### Bekanntgabe des Friedensvorschlages von 1916.

#### Deutschland maßvoll als Sieger.

Die beste Möglichkeit, Rückschlüsse auf die Kriegsbedingungen, die Deutschland im Falle des Sieges gestellt haben würde, mit denen, die unsere Feinde dem besiegten Deutschland stellen. Je mehr einer fordert, wenn das Glück des Krieges sich zu seinen Gunsten entscheidet, umso mehr Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er den Krieg um dieser Forderungen willen angefangen hat.

Es ist der deutschen Regierung häufig zum Vorwurf gemacht worden, sie habe der Welt keine Kriegsziele verkündet. Dies ist nicht geschehen, weil die deutsche Regierung erwarten mußte, die Bekanntgabe ihrer maßvollen Ziele werden ihr als Schwäche gedeutet werden, solange die Gegner an ihren von vornherein maßlosen Vernichtungsplänen festhielten. Deshalb waren auch in dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 formulierter Bedingungen nicht angegeben. Indessen haben damals solche Bedingungen bestanden und sie sind im Frühjahr 1917 dem Präsidenten Wilson als ein Beweis unseres Vertrauens mitgeteilt worden. Diese Bedingungen, oder richtiger diese Grundlagen für Friedensverhandlungen (an einen Diktatfrieden war dabei nicht gedacht) waren folgende:

Zurückzahlung des von Frankreich besetzten Teiles von Ober-Elsaß. Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sicheren Grenze.

Koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert.

Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen.

Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären.

Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete.

Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten Unternehmungen und Privatpersonen.

Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

Sicherstellung der Freiheit der Meere. Die Friedensbedingungen der Verbündeten Deutschlands bewegten sich in gleichmäßigen Grenzen.

Die deutsche Regierung erklärte sich ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angebotene internationale Konferenz einzutreten.

Man möge das deutsche Volk und die Welt ermesen, auf welcher Seite Willigkeit und Recht, auf welcher Unrecht und Schuld zu suchen sind.

### Politische Rundschau.

Die Entente verbietet Deutschland den Verkauf von Flugzeugen. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet aus dem Bericht aus Spaa u. a.: General Rudant erklärte im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen, daß jeder Verkauf von deutschen Flugzeugen an das Ausland verboten sei, und verlangte die sofortige Mitteilung von Maßnahmen der deutschen Regierung zur Einstellung dieses verbotenen Handels. — Im Auftrage des Marschalls Foch

stellte Rudant ferner mit, daß die Einrückung direkter Züge zwischen Frankfurt und Darmstadt beschleunigt werden solle. Die Züge sollten auf den Zwischenstationen des besetzten Gebietes nicht halten.

Haase für Unterschreiben unter Protest. Der Führer der Unabhängigen hatte nach einer Meldung einer Berliner Mittagzeitung eine Unterredung mit dem bekannten englischen Publizisten Drailsford, in deren Verlauf er auseinandersetzte, warum Deutschland unterzeichnen müsse, wenn die Bedingungen auch noch so hart wären. Passiver Widerstand, der allein möglich sei, könnte das heutige Elend nur verschärfen. Die hungernden Arbeiter würden, wenn sie die Situation begreifen, jede Regierung fürgen, die für das Aufheben der fremden Lebensmittelzufuhren verantwortlich wäre. Wie alle seine Parteigenossen, er warte er in absehbarer Zeit eine Neuision. Wie werden, so erklärte Haase, unter Protest unterschreiben mit der Absicht, an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter der alliierten Länder zu appellieren.

Ein tschechischer Geschäftsträger in Berlin. Im Auftrage der tschecho-slowakischen Republik traf vor einigen Tagen eine Persönlichkeit aus Prag hier ein, um die Handelsbeziehungen zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Republik in die Wege zu leiten. Der Geschäftsträger soll vor allem auch die Möglichkeit herbeiführen, den Reiseverkehr zwischen Deutschland und den einzelnen Städten Böhmens, insbesondere Karlsbad, Marienbad und Franzensbad wieder in Gang zu bringen.

Die gesamte norwegische Presse mit einer einzigen Ausnahme verurteilt den Versailles Entwurf als einen reinen Gewaltfrieden.